

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

15. Dezember 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Taliban und andere aufständische Gruppierungen setzen ihre Angriffe und Anschläge auf afghanische Sicherheitskräfte, Repräsentanten des Staates und ausländische Einrichtungen fort.

So wurden am 13.12.14 in der südlichen Provinz Helmand bei einem Angriff zwölf Minenräumer getötet und nahe Kabul ein Anschlag auf einen Bus mit afghanischen Soldaten verübt. Dabei starben sieben Menschen, 18 wurden verletzt, darunter Zivilisten. Ebenfalls in Kabul wurde ein hochrangiger Justizbeamter erschossen. Am 12.12.14 gab es einen Bombenanschlag auf einen NATO-Konvoi in der Nähe des US-Luftwaffenstützpunkts Bagram nördlich von Kabul. Bei einem Selbstmordanschlag auf ein französisches Kulturzentrum in Kabul kam am 11.12.14 ein deutscher Staatsangehöriger um, 15 Menschen wurden verletzt. Bei einem weiteren Anschlag in Kabul starben sechs afghanische Soldaten.

Irak

Entwicklung der Lage

Nahe der Stadt Kirkuk wurden am 08.12.14 bei Luftangriffen der internationalen Koalition Militärangehörige zufolge 38 Kämpfer des IS getötet. Die Angriffe konzentrierten sich auf IS-Stellungen sowie eine von IS-Kämpfern kontrollierte Brücke.

Seit 10.12.14 hat die internationale Allianz US-Angaben zufolge 20 Stellungen der Extremisten beschossen.

Am 12.12.14 kam es zu heftigen Gefechten zwischen Kämpfern des IS und irakischen Regierungstruppen am Rande von Samarra (110 Kilometer nördlich von Bagdad, Provinz Salahaddin). IS-Kämpfer hatten in den vergangenen Wochen die Angriffe in dieser Gegend verstärkt. In der Stadt steht eines der wichtigsten schiitischen Heiligtümer, die „Goldene Moschee“. In der Nähe von Samarra haben IS-Kämpfer einen irakischen Militärhubschrauber abgeschossen.

Türkei

Festnahmen bei Razzien

Bei zeitgleichen Razzien in 13 Städten nahmen Sicherheitskräfte am 14.12.14 Journalisten, Fernsehproduzenten und ranghohe ehemalige Polizeibeamte fest, darunter den früheren Chef der Anti-Terror-Einheit der Istanbulischen Polizei sowie den Chefredakteur der Zeitung „Zaman“. Sie alle sollen Anhänger der Gülen-Bewegung sein und zum Ziel haben, die Regierung zu stürzen. Nach Angaben des Senders CNN Türk seien insgesamt 32 Haftbefehle erlassen und 24 der Verdächtigen festgenommen worden. Die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft lauten auf Gründung einer terroristischen Vereinigung mit dem Ziel, die Souveränität der türkischen Regierung zu beseitigen. Der türkische Präsident Erdogan hatte bereits zuvor angekündigt, er werde Gülens Anhänger, die er als „Handlanger böser Mächte im In- und Ausland“ bezeichnete, „bis in ihre Schlupfwinkel verfolgen“. Zahlreiche Journalisten demonstrierten gegen die Razzien. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini und EU-Nachbarschaftskommissar Johannes Hahn verurteilten die

Festnahmen als „unvereinbar mit der Freiheit der Medien“ und mahnten die Achtung der Unschuldsvermutung und anderer Verfahrensrechte an.

Iran

Totale Überwachung des Internets geplant

Iran möchte nicht nur kritische oder unerwünschte Internet-Inhalte filtern, sondern sämtliche Web-Nutzer identifizieren, sobald sie sich einloggen, so der Telekommunikationsminister Mahmoud Waesi. Dieser hatte schon vor einigen Wochen ein Kontrollsystem angekündigt, das es den Behörden ermöglichen werde, bestimmte Inhalte aus sozialen Netzwerken herauszufiltern.

Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotudeh wieder festgenommen

Nach Angaben ihres Ehemanns wurde Nasrin Sotudeh vom iranischen Geheimdienst am Internationalen Tag der Menschenrechte, dem 10.12.14, erneut verhaftet. Der Haftgrund ist unklar. Sie hat sich stets für jene Iraner eingesetzt, die zum Opfer des Regimes wurden, etwa zum Tode verurteilte Minderjährige, Menschenrechtsaktivisten und politische Gefangene. Nasrin Sotudeh wurde im Jahre 2011 zu sechs Jahren Haft sowie zu einem zehnjährigen Arbeitsverbot verurteilt. Ihr wurden u.a. wegen ihrer Mitgliedschaft im „Zentrum der Verteidiger der Menschenrechte“ der Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi „Verstöße gegen die nationale Sicherheit“ und „Propaganda gegen die Regierung“ zur Last gelegt, was in Iran ein vielfach benutzter Vorwurf gegen Dissidenten ist. Im September 2013, wenige Wochen nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Hassan Rohani, wurde die Aktivistin aus der Haft entlassen.

Washington-Post-Reporter angeklagt

Der in Iran inhaftierte Reporter Jason Rezaian ist den US-Regierungsangaben zufolge wegen unbekannter Vorwürfe angeklagt worden. US-Außenminister John Kerry teilte mit, dass der iranische Richter überdies dessen Gesuch abgelehnt habe, gegen Kautionsfreilassung zu werden. Zugang zu einem Anwalt habe er nicht gehabt. Rezaian besitzt die iranische sowie die US-Staatsbürgerschaft. Jason Rezaian und seine Frau Yeganeh Salehi, die für die arabische Zeitung „The National“ (englischsprachige Zeitung aus Abu Dhabi) arbeitet, waren Ende Juli unter dem Vorwurf der Spionage verhaftet worden. Salehi wurde im Oktober gegen Kautionsfreilassung.

Luftangriffe auf IS-Stellungen in Irak bestätigt

Nachdem die iranische Regierung die Luftangriffe gegen den IS zunächst dementiert hatte, bestätigte sie diese einem Pressebericht des britischen „Guardian“ zufolge nunmehr. Man habe sich diesbezüglich mit der irakischen Regierung abgestimmt, so der stellvertretende Außenminister Ebrahim Rahimpur. Mit den USA sei der Einsatz nicht koordiniert worden. Rahimpur erklärte, Iran werde es keineswegs zulassen, dass es in Irak zu ähnlichen Zuständen wie in Syrien komme.

Israel

Amnesty spricht von Kriegsverbrechen der Armee

In einem neuen Bericht hat Amnesty International der israelischen Armee Kriegsverbrechen vorgeworfen. Die Organisation bezog sich in ihrem am 09.12.14 veröffentlichten Report auf Angriffe des Militärs während der letzten vier Tage des Gaza-Kriegs im Sommer 2014. Dabei seien vier mehrstöckige Gebäude im Gazastreifen „absichtlich und ohne militärischen Grund“ zerstört worden. Das sei ein Bruch internationalen Rechts, erklärte Amnesty. Die israelische Militäroffensive im Gazastreifen zur Vergeltung von Raketenbeschuss durch die HAMAS war Ende August nach sieben Wochen beendet worden. Mehr als 2.100 Palästinenser wurden bei den Angriffen getötet, die meisten waren nach Angaben der UN Zivilisten. Auf israelischer Seite starben 73 Menschen, davon waren 67 Soldaten.

Israel/Westjordanland

Palästinensischer Minister stirbt nach Konfrontation mit israelischer Armee

Videoaufnahmen zeigen einen israelischen Soldaten, der den 55-jährigen palästinensischen Minister Siad Abu Ain bei Auseinandersetzungen in einem Dorf nördlich von Ramallah an den Hals greift. Der Leiter eines örtlichen Krankenhauses sagte, Ain habe bei den Auseinandersetzungen Tränengas eingeatmet. Er habe daraufhin einen Erstickungsanfall erlitten und sei dann im Krankenhaus an einem Herzstillstand gestorben. Ain hatte keinen Amtsbereich inne. Die Sprecherin der israelischen Menschenrechtsorganisation Jesh Din („Es gibt Recht“), Reut Mor, betonte, der Protest der Palästinenser sei friedlich verlaufen. Der Vorfall weckte in Israel Befürchtungen, wochenlange Spannungen zwischen Israelis und den Palästinensern könnten – u.U. im Rahmen einer neuen Intifada – wieder aufkeimen. Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas verurteilte den Vorfall als „brutalen Angriff“ und „barbarische Tat“.

Syrien

Enthauptungen und Steinigungen durch IS

Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichtete am 13.12.14, dass östlich der Stadt Homs vier Männer von Angehörigen des IS wegen Blasphemie enthauptet sowie ein Mann und eine Frau am 12.12.14 wegen Ehebruchs in der nordsyrischen Stadt Manbidsch gesteinigt worden sein sollen.

Syrischer Armee gelingt Rückeroberung eines wichtigen Rebellengebiets

Die syrische Armee eroberte nach staatlichen Angaben, die von der oppositionellen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte am 14.12.14 bestätigt wurden, ein strategisch wichtiges Gebiet nördlich der umkämpften Stadt Aleppo zurück, wobei 34 Mitglieder islamistischer Gruppierungen getötet worden sein sollen. Regierungstreue Einheiten streben nun die Einnahme von Stellungen im Westen an, um die Nachschubrouten der Rebellen nach Aleppo abzuschneiden. Auch südlich und östlich von Aleppo wird gekämpft. Aleppo ist momentan das wichtigste Kampfgebiet zwischen Regierung und Aufständischen. Gleichzeitig bemüht sich der Syrien-Sondergesandte der UN, Staffan de Mistura, um eine lokale Waffenruhe, damit die Zivilbevölkerung mit Hilfsgütern versorgt werden kann. Einige Diplomaten befürchten jedoch, dass, wie in Homs, die syrische Regierungsseite eine Feuerpause dazu benutzen könnte, Aleppo völlig unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Ungefähr 50 Luftangriffe pro Tag durch syrische Luftwaffe

Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte flog die syrische Luftwaffe in den vergangenen 50 Tagen fast 2.500 Angriffe: Kampfflugzeuge bombardierten 1.304 Ziele, vor allem in den Regionen Damaskus, Aleppo, Idlib und Homs; Helikopter griffen 1.125 Mal an, hauptsächlich mit Fassbomben.

Ägypten

Homosexuelle verhaftet

Am 07.12.14 verhaftete die Polizei in einem Badehaus in Kairo 33 Männer unter dem Vorwurf der „Ausschweifung“.

Zwar steht Homosexualität in Ägypten nicht unter Strafe, allerdings werden immer wieder Personen unter dem Vorwurf der Unzucht oder Ausschweifung verhaftet und vor Gericht gestellt.

Ein Toter bei Demonstration

Bei einer Demonstration von Anhängern der Muslimbruderschaft, bei der es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften kam, starb am 12.12.14 in der Provinz Kafr al-Sheikh (ca. 150 km nördlich von Kairo) ein Demonstrant. Bei einer Demonstration im Arbeiterviertel Matariyah in Kairo verhaftete die Polizei 13 Demonstranten wegen der Organisation des Protests und Waffenbesitzes. Weitere Protestkundgebungen gegen die Regierung fanden in verschiedenen Teilen Kairos, in der Industriestadt Helwan (ca. 25 km südlich von Kairo) sowie in der Provinz Al-Sharqeya in Nordägypten statt.

Tunesien

Stichwahl

Die tunesische Wahlkommission teilte am 08.12.14 in Tunis mit, als Termin für die Stichwahl für das Präsidentenamt sei der 21.12.14 festgelegt worden. Bei der ersten Runde der Präsidentenwahl am 23.11.14 gewann der Kandidat Essebsi (Nidaa Tounes) mit 39,5 % der Stimmen vor dem derzeitigen Amtsinhaber Marzouki (CPR) mit 33,4 %, er verfehlte jedoch die absolute Mehrheit.

Nigeria

Zwei Doppelselbstmordanschläge von Attentäterinnen in Jos und Kano

Am 10.12.14 gegen 14:30 Uhr verübten zwei mutmaßlich der Boko Haram angehörende Selbstmordattentäterinnen in der nordnigerianischen Stadt Kano (Hauptstadt des gleichnamigen Bundesstaates) auf einem Parkplatz des Kantin Kwari Textilmarktes einen Doppelbombenanschlag. Hierbei starben außer den Attentäterinnen noch vier Personen; sieben erlitten Verletzungen.

Am 11.12.14 gegen 18 Uhr zündeten zwei mutmaßlich der islamistischen Terrororganisation Boko Haram angehörende Selbstmordattentäterinnen in der zentralnigerianischen Stadt Jos (Hauptstadt des Bundesstaates Plateau) kurz hintereinander auf einem behelfsmäßigen Markt zwei Sprengsätze. Mindestens 31 Menschen wurden bei dem Anschlag getötet. Der Anschlagort befindet sich nur rund 200 Meter von der Busendhaltestelle entfernt, wo im Mai 2014 bei einem Doppelbombenanschlag der Boko Haram über 130 Personen getötet worden waren.

Präsidentenwahlen: Muhammadu Buhari tritt gegen Amtsinhaber Goodluck Jonathan an

Am 11.12.14 nominierte Nigerias größte Oppositionspartei APC (All Progressives Congress) den 71-jährigen Ex-Militärmachthaber Muhammadu Buhari, einen aus Nordnigeria stammenden Muslim, zum Kandidaten für die im Februar 2015 geplante Präsidentenwahl. Buhari tritt wie bereits bei der letzten Wahl 2011 gegen den aus Südnigeria stammenden christlichen Amtsinhaber Goodluck Jonathan an, der am Tag zuvor von seiner seit 1999 in Nigeria regierenden Partei PDP (People's Democratic Party) ohne Gegenkandidaten nominiert worden war.

Kamerun

Angriffe der Boko Haram

Unter Berufung auf den kamerunischen Minister für Kommunikation meldete der Radiosender Voice of America am 13.12.14, dass Kämpfer der islamistischen Terrororganisation Boko Haram über den Tschadsee von Nigeria nach Kamerun eingedrungen seien und die seenahen Dörfer Ngouma, Sagme, Ardebe, Dambore und Soueram angegriffen hätten. Bei Gefechten mit der Armee seien mehrere Angreifer getötet sowie 25 festgenommen worden. Beim Rückzug über den Tschadsee sollen Hunderte der Islamisten im Wasser ertrunken sein. Etwa zur selben Zeit seien auch die Städte Bankim, Amchide und Limani (weiter südlich an der Grenze zu Nigeria) von mutmaßlichen Boko-Haram-Kämpfern angegriffen worden.

Mali

Freilassung französischer Geisel

Am 09.12.14 wurde die Freilassung des am 24.11.11 in Timbuktu durch AQMI (al-Qaida im Islamischen Maghreb) entführten Franzosen Lazarevic bestätigt. Malischen Angaben zufolge wurden im Gegenzug islamistische Häftlinge in Mali auf französische Anfrage hin freigelassen. Lazarevics ebenfalls entführter Begleiter Verdon war 2013 getötet worden.

Gründungsmitglied der MUJAO getötet

Französische Soldaten töteten in der Nacht zum 11.12.14 das Gründungsmitglied der MUJAO (islamistische Bewegung für Einheit und Jihad in Westafrika), al-Tilemsi, bei Gao.

Westafrika/Ebola

Ebola Lagefortschreibung

Mali: Nach Angaben der Regierung hat der letzte an Ebola Erkrankte am 11.12.14 das Krankenhaus verlassen. In *Sierra Leone* stieg die Zahl der Ebola-Infektionen der Veröffentlichung der WHO-Daten am 08.12.14 zufolge auf 7.798 Fälle. Damit überholte Sierra Leone *Liberia* (7.719 Fälle) als bislang am stärksten betroffenen Staat. Insbesondere im Westen des Landes wird eine rasante Verbreitung registriert. Dennoch weist Liberia mit 3.177 Opfern die höchste Todesrate vor Sierra Leone (1.742) und *Guinea* (1.412) auf.

Die EU stellt weitere Hilfen (61 Mio. Euro) zur Bekämpfung der Epidemie in Westafrika zur Verfügung. Die EU hat gemeinsam mit den Mitgliedstaaten bislang über 1,1 Mrd. Euro aufgewandt.

Auf einer Dringlichkeitssitzung des Komitees der Streitkräfte der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) am 08.12.14 forderte der Vorsitzende eine verstärkte militärische Unterstützung der Mitgliedstaaten im Kampf gegen Ebola. Benötigt würden zusätzliche logistische Kapazitäten, medizinisches Personal sowie Kräfte zum Aufbau weiterer Behandlungszentren und zur Gewährleistung der Sicherheit.

In Monrovia (*Liberia*) wird am 15.12.14 ein deutsches Behandlungszentrum seinen Dienst aufnehmen.

Ukraine

Drohender Staatsbankrott

Dem Land droht trotz internationaler Finanzhilfe seit Februar 2014 der Staatsbankrott. Angesichts dessen haben Deutschland und Frankreich rasche wirtschaftliche Reformen angemahnt. Der Internationale Währungsfonds (IWF) forderte ebenfalls schnelle Reformen und gab verschiedene Anregungen, z.B. einen alsbaldigen deutlichen Anstieg der Gaspreise. Allerdings können bereits heute viele die Wärmekosten nicht mehr zahlen und sind auf Staatshilfen angewiesen. Die prekären sozio-ökonomischen Verhältnisse dürften ein entscheidender Grund dafür sein, dass vermehrt Ukrainer ins Ausland migrieren, obwohl sie nicht direkt von den kriegerischen Auseinandersetzungen im Osten betroffen sind.

Opfer- und Flüchtlingszahlen

Nach neuesten Zahlen der UN-Nothilfeorganisation Ocha sind seit April 2014 bei den Gefechten zwischen Regierungseinheiten und prorussischen Separatisten in der Ostukraine mehr als 4.600 Menschen getötet worden. Zudem wurden in den Unruheregionen insgesamt rund 10.000 Soldaten, Aufständische und Zivilisten verletzt. Mindestens eine Million Menschen hätten das Krisengebiet verlassen und entweder im Landesinneren oder in Russland Zuflucht gesucht.

Kosovo

Neue Regierung, neuer Premier

Sechs Monate nach der Wahl (vgl. BN v. 24.11.14) ist es gelungen, eine neue Regierung zu bilden. Am 09.12.14 wurde das neue Kabinett gewählt und vereidigt. Premierminister wird der 63-jährige Isa Mustafa von der Demokratischen Liga (LDK). Der bisherige Premierminister und Vertreter der Demokratischen Partei (PDK) Hashim Thaci wird Außenminister und Vizeregierungschef. Zusammen mit Minderheitenvertretern verfügt die große Koalition aus LDK und PDK über 87 der 120 Parlamentssitze. Im Kabinett werden erstmals die bisher nicht in der Regierung repräsentierten Serben aus dem Nordteil Kosovos vertreten sein.

Die Regierungsbildung stößt auf Erleichterung und Kritik. Nun können ein Budget für 2015 erstellt und die Verhandlungen mit Serbien fortgesetzt werden. Mit Isa Mustafa ist zwar ein neuer Premier im Amt, er gilt aber eher als blass. Thaci bleibt der starke Mann, große Veränderungen werden daher nicht erwartet. Kosovo ist das ärmste Land auf dem Balkan. Ein Drittel der Bevölkerung ist arbeitslos, rund 40 % leben unterhalb der Armutsgrenze.

China

Hongkong: Blockaden beendet

Am 11.12.14 beseitigten Arbeiter unter dem Schutz von Sicherheitskräften Blockaden der Protestbewegung im Stadtteil Admiralty. Zwar kam es dabei nicht zu den befürchteten Ausschreitungen, jedoch wurden mehr als 200 in Sitzblockaden die Räumung behindernde Demonstranten festgenommen. Tags zuvor hatten Tausende für mehr Demokratie demonstriert. Ein letztes, kleineres Protestlager im Stadtteil Causeway Bay wurde am 15.12.14 geräumt; mehrere Personen wurden festgenommen.

Die Occupy-Bewegung und Studentengruppen hatten seit dem 28.09.14 mit der Blockade zentraler Örtlichkeiten ihre Forderung nach einer demokratischen Wahl des Hongkonger Regierungschefs im Jahr 2017 unterstrichen, sich damit aber nicht durchsetzen können. Vertreter der Demonstranten kündigten an, es werde weitere Proteste geben, wenn auch in anderer Form.

Xinjiang: Verurteilungen

Das Mittlere Volksgericht in Ürümqi verurteilte, wie vergangene Woche bekannt wurde, sieben Studenten des Wirtschaftsprofessors und bekannten uigurischen Bürgerrechtlers Ilham Tohti aufgrund von Separatismusvorwürfen zu Haftstrafen zwischen drei und acht Jahren. Bereits am 23.09.14 war Ilham Tohti u.a. wegen Separatismus zu lebenslanger Haft verurteilt worden (vgl. BN v. 29.09.14).

Am 08.12.14 verurteilte das Mittlere Volksgericht in Ürümqi mehrere Personen, mutmaßlich Uiguren, wegen der Beteiligung an zwei Anschlägen am 30.04.14 sowie am 22.05.14 in Ürümqi, bei denen Dutzende Menschen getötet oder verletzt worden waren (vgl. BN v. 05.05.14 u.v. 26.05.14). Acht Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, fünf erhielten Todesstrafen auf Bewährung, vier Haftstrafen zwischen fünf Jahren und lebenslang.

Indonesien

Journalisten drohen wegen IS-Karikatur fünf Jahre Haft

Dem Chefredakteur einer indonesischen Zeitung (Jakarta Post) drohen nach Polizeiangaben nach der Veröffentlichung einer Karikatur über die Jihadistenmiliz IS bis zu fünf Jahre Haft.

Philippinen

Polizei soll Geständnisse durch Folter erlangen

Nach einem Bericht von Amnesty International foltern Polizisten weitgehend ungehindert, vor allem, um Geständnisse von mutmaßlichen Straftätern zu erpressen. Obwohl die Philippinen zwei wichtige internationale Abkommen gegen Folter ratifiziert hätten, nutzten Polizisten ungestraft Misshandlungsmethoden wie Elektroschocks, vorgetäuschte Hinrichtungen, Waterboarding, Schläge und Vergewaltigung.

2009 verabschiedete die Regierung ein Anti-Folter-Gesetz. Seither wurde laut Amnesty International aber kein einziger Beamter aufgrund dieses Gesetzes verurteilt.

Geisel zurück

Ein Vogelkundler, der fast drei Jahre in Geiselhaft der Abu Sayyaf war und fliehen konnte, kam am 12.12.14 auf dem Flughafen Zürich an. Die Gruppierung kämpft nach eigenen Angaben für einen islamischen Staat im Süden der überwiegend katholischen Philippinen.